Niederschrift

über die 20. Sitzung der Gemeindevertretung Oldsum am Mittwoch, dem 09.09.2020, im Feuerwehrgerätehaus.

Anwesend sind:

Dauer der Sitzung: 20:00 Uhr - 22:22 Uhr

Gemeindevertreter

Herr Hark Riewerts	Bürgermeister
Herr Reiner Braren	
Herr Jan Brodersen	
Herr Dierk Ketelsen	2. stellv. Bürgermeister
Herr Olaf Ketelsen	
Frau Britta Nickelsen	
Herr Hark-Ocke Nickelsen	
Herr Christfried Rolufs	

von der Verwaltung

Frau Antje Arfsten
Frau Yvonne Neise

Entschuldigt fehlen:

Gemeindevertreter

Frau Birgit Brodersen	1. stellv. Bürgermeisterin
-----------------------	----------------------------

Tagesordnung:

- 1 . Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 . Anträge zur Tagesordnung
- 3 . Beschlussfassung über die nichtöffentliche Beratung und Beschlussfassung von Tagesordnungspunkten
- 4 . Einwendungen gegen die Niederschrift über die 19. Sitzung (öffentlicher Teil)
- 5 . Einwohnerfragestunde
- 6 . Bericht des Bürgermeisters
 - 6.1 . Gewerbegebiet
 - 6.2 . B-Plan Nr. 9
 - 6.3 . Kapitänsgarten
 - 6.4 . Schülerbeförderung
 - 6.5 . Feuerwehrfahrzeug
- 7 . Bericht der Ausschussvorsitzenden
 - 7.1 . Wege und Straßen
 - 7.2 . Kapitänsgarten
- 8 . Bereitstellung von Eigenmitteln für das GAK-Regionalbudget 2021
Vorlage: Old/000136
- 9 . Beteiligung der Gemeinde Oldsum an der Gründung der "Inselwerk Föhr-Amrum GmbH"
Vorlage: Old/000137
- 10 . Bebauungsplan Nr. 9 der Gemeinde Oldsum für das Gebiet östlich des Rakmersstigh
Hier: a) Behandlung der im Rahmen der Behördenbeteiligung und der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen
b) Satzungsbeschluss

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Riewerts begrüßt die Mitglieder der Gemeindevertretung Oldsum, den Einwohner sowie Frau Neise und Frau Arfsten von der Verwaltung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

2. Anträge zur Tagesordnung

Es werden keine Anträge gestellt.

3. Beschlussfassung über die nichtöffentliche Beratung und Beschlussfassung von Tagesordnungspunkten

Da überwiegende Belange des öffentlichen Wohls sowie berechtigte Interessen Einzelner es erforderlich machen, sprechen sich die Mitglieder der Gemeindevertretung Oldsum dafür aus, die Tagesordnungspunkte 11-14 nicht öffentlich zu beraten.

4. Einwendungen gegen die Niederschrift über die 19. Sitzung (öffentlicher Teil)

Gegen die Niederschrift der 19. Sitzung (öffentlicher Teil) werden keine Einwände erhoben.

5. Einwohnerfragestunde

Keine Wortmeldungen.

6. Bericht des Bürgermeisters

6.1. Gewerbegebiet

Nach der Einwohnerversammlung wurden die ausgefüllten Fragebögen abgegeben und die Bedarfsermittlung wurde aufgenommen. Diese dauert noch an. Geplant ist der Aufstellungsbeschluss des Gebiets auf der nächsten Sitzung.

6.2. B-Plan Nr. 9

Im Neubaugebiet „Rackmersstigh“ stehen die Flurstücke für eine Bebauung zur Verfügung und die Bauanträge können gestellt werden. Die Erbpachtverträge sowie auch der B-Plan wurden, mit der Bitte um Unterzeichnung, an die Bauwilligen versandt

6.3. Kapitänsgarten

Am Kapitänsgarten an den öffentlichen Toiletten wurden die Arbeiten aufgenommen. Der Garten soll nun, nicht wie geplant in den nächsten Jahren, sondern sehr zügig, am liebsten noch in diesem Jahr, fertig gestellt werden. Dadurch wird es zu außerplanmäßigen Ausgaben der Gemeinde Oldsum kommen. Eine genau Aufstellung der Kosten wird auf der nächsten Sitzung vorgelegt.

6.4. Schülerbeförderung

Da auf der letzten Sitzung Fragen zu der Schülerbeförderung aufkamen wurde Frau Julia Schäfer diesbezüglich angesprochen. Es ist durchaus so, dass die Schülerbeförderung innerhalb des Linienverkehrs stattfinden darf und der Kreis Nordfriesland dies auch befürwortet.

Dazu äußert sich auch Gemeindevertreterin Nickelsen. Dies kann so nicht weiter laufen und ist für die Kinder eine wirkliche Zumutung. Nicht nur, dass die Schüler teilweise die komplette Fahrt über stehen müssen, auch dass in der jetzigen Situation, wo alles auf Abstandsregelungen und Masken aufgearbeitet wird, kann es doch einfach nicht sein, dass Kinder auf engstem Raum mit Masken, stehender Weise mit Schulranzen eine Stunde im Bus stehen müssen um von der Schule nach Hause zu kommen.

Dies stellt keine gute Schülerbeförderung dar, sondern eher noch eine Gefahr für die Schüler und auch für die Mitfahrenden Gäste.
Gibt es nicht eine Möglichkeit sich mit anderen Gemeinde zusammen zu tun und eine vernünftige Schülerbeförderung für die Kinder aufzustellen.

Bürgermeister Riewerts entgegnet, dass dies als Tagesordnungspunkt mit auf die nächste Sitzung kommt und dazu soll auch Frau Schäfer geladen werden. Des weiteren werde er die Problematik sowohl im Schulausschuss als auch im Amtsausschuss zur Sprache bringen.

6.5. Feuerwehrfahrzeug

Die Anschaffung des neuen Feuerwehrfahrzeugs verzögere sich, da bestimmte Richtlinien eingehalten werden müssen, um den Förderungsanspruch nicht zu verlieren. Die Verträge mit der GMSH seien nun geschlossen und ein Leistungsverzeichnis werde durch das Ordnungsamt (Herr Michelsen) erstellt. Es solle dann, auch um weitere Kosten sparen zu können, eine gemeinsame Ausschreibung mit der Gemeinde Wittdün auf Amrum erfolgen.

Jan Brodersen äußert hierzu in seiner Funktion als Wehrführer seinen Unmut über die lange Bearbeitungszeit.

7. Bericht der Ausschussvorsitzenden

7.1. Wege und Straßen

Herr Rolufs berichtet, dass die Löcher in den Straßen unter Toftum und Odlsom teilweise gefüllt wurden. Da zu wenig Mittel bereit stehen, konnten nicht alle Löcher gefüllt werden.

Die Wege sind zu alt und werden zu sehr beansprucht.

Weiterhin wurden die Banketten durch Peter Wohld abgenommen.

Die WBV-Leitung im Huuchstiegh wird 2021 erneuert.

Es wäre von der Gemeinde anzudenken, ob auch die Straße innerhalb des Bauzuges erneuert werden sollte.

7.2. Kapitänsgarten

Buschwerk für den vorderen Teil des Gartens soll besorgt und gepflanzt werden.

8. Bereitstellung von Eigenmitteln für das GAK-Regionalbudget 2021 Vorlage: Old/000136

Bürgermeister Riewerts verliert die Vorlage.

Sachdarstellung mit Begründung:

Im vergangenen Jahr haben sich alle Kommunen der Region Uthlande dafür ausgesprochen, das Förderprogramm GAK-Regionalbudget in den Jahren 2020/2021 zu nutzen. Im laufenden Jahr 2020 konnten durch das GAK-Regionalbudget bereits 18 Projekte gefördert werden.

Bei dem GAK-Regionalbudget handelt es sich um einen neuen Fördertopf durch den Fördermittel in Höhe von bis zu 200.000 € pro Jahr zur Förderung von Kleinprojekten (bis 20.000 € Gesamtkosten bei 80% Förderquote) in die Region fließen können.

Insbesondere Vereinen, privaten Initiativen, aber auch Kommunen kann mit dem GAK-Regionalbudget die Chance gegeben werden, kleinere Vorhaben zu realisieren. Beantragung der Fördermittel ist mit vergleichsweise geringem bürokratischem Aufwand möglich. Das Regionalbudget kann in Schleswig-Holstein nur von den AktivRegionen beantragt werden.

Die 200.000 € setzen sich aus 180.000 € (90%) GAK-Mitteln (Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Küstenschutz) und einem Eigenanteil von 20.000 € (10%) aus Mitteln der AktivRegion Uthlande zusammen. Das GAK-Regionalbudget muss jedes Jahr neu beim LLUR (Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume) beantragt werden.

Für die Beantragung des Regionalbudgets in Höhe von 200.000 € für das Jahr 2021, müssen 20.000 € Eigenanteil bereitgestellt werden. Die AktivRegion empfiehlt den Kommunen eine Umlage entsprechend der Bevölkerungszahl, was einem Beitrag von 0,65 €/Einwohner entspricht.

Der zu fassende Beschluss ist bis zum 31.10.2020 an die AktivRegion Uthlande weiterzuleiten.

Finanzielle Auswirkungen

Bereitstellung Eigenmittel 2021

Ämter/Kommunen	Bevölkerung*	Prozent	Anteil / Jahr
Amt Pellworm	1.380	4,42 %	884,00 €
Amt Föhr-Amrum	10.527	33,72 %	6.744,00 €
Amt Landschaft-Sylt	4.433	14,20 %	2.840,00 €
Amtsfreie Gem. Sylt	13.595	43,55 %	8.710,00 €
Gem. Helgoland	1.265	4,05 %	810,00 €
Gem. Nordstrand für Nordstrandischmoor	20	0,06 %	12,00 €
Gesamt	31.220	100%	20.000,00 €

*Stand 31.12.2018

Gemeinde Oldsum	514	4,88 %	334,10 €
-----------------	-----	--------	----------

Die geringe Abweichung zum Gesamtanteil des Amtes Föhr-Amrum (laut obiger Tabelle) erklärt sich durch Nachkommastellen (Beitrag pro Einwohner in der Tabelle = 0,6406385 €). Die endgültige Abrechnung erfolgt unter Berücksichtigung der Nachkommastellen.

Abstimmungsergebnis: Ja Stimmen: 8
 Nein Stimmen: 0
 Enthaltungen: 0

Beschluss:

Die Gemeinde Oldsum beschließt, einen Beitrag in Höhe von 0,65 €/Einwohner, das entspricht einem Anteil von 334,10 €, für die notwendigen Eigenmittel zur Beantragung des GAK-Regionalbudgets für das 2021 bereitzustellen.

9. Beteiligung der Gemeinde Oldsum an der Gründung der "Inselwerk Föhr-Amrum GmbH"
Vorlage: Old/000137

Sachdarstellung mit Begründung:

Die energetische Erneuerung der Städte und Kommunen wird seit Langem gefordert und steht seit Anfang 2010 als ein Hauptziel auch im Energiekonzept der Bundesregierung. Zur Erreichung der Klimaschutzziele bis 2020 bzw. 2050 sind aber weitere Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in den Kommunen erforderlich. Im Sinne der geforderten und zur Umsetzung der Energiewende notwendigen Dezentralisierung der Energiewirtschaft ist die Korrelation von Erzeugung (Energiewirtschaft über alle Energiearten Strom, Wärme, Gas) und Verbrauch (Wohnungswirtschaft, Eigentümer, Mobilität) auf lokaler Ebene notwendig, auch um die Wertschöpfung in der Region zu sichern.

Um diese Ziele zu erreichen, wollen die Gemeinden der Inseln Föhr und Amrum sowie das Amt Föhr-Amrum die Regionalisierung und Dezentralisierung der Energiewirtschaft mit der Zielsetzung der ökologischen und ökonomischen Optimierung für die beiden Inseln umsetzen. Diese Strukturen sollen ergänzend die regionale Wirtschaft stärken sowie Wirtschaftskraft auf den Inseln beibehalten und ausbauen. In einzelnen Gemeinden sind dementsprechende Überlegungen schon weit vorangeschritten und erste Vorhaben weitgehend umsetzungsreif. Die vorhandenen Entwicklungen sollen für beide Inseln aufgegriffen, verstärkt und gemeinsam für Föhr und Amrum umgesetzt werden. Hierdurch wird eine zukunftsichere (Eigen-)Versorgung der Inseln angestrebt.

Bereits am 18.04.2019 beschloss der Fachausschuss Föhr die Prüfung und Konzipierung eines kommunalen Energieunternehmens (Vorlage Amt/000318). Auf Grundlage dieses Beschlusses wurde ein Lenkungsausschuss gebildet, der die weiteren Vorarbeiten übernahm. Am 12.09.2019 fasste dann der Amtsausschuss des Amtes Föhr-Amrum einstimmig den Grundsatzbeschluss zur Gründung eines insularen Energieunternehmens (Vorlage Amt/000325).

Zur Umsetzung dieses Beschlusses beabsichtigen das Amt Föhr-Amrum und die amtsangehörigen Gemeinden der Inseln Föhr und Amrum die Gründung der „Inselwerk Föhr-

Amrum GmbH“.

Zweck des Unternehmens ist nach § 2 Abs. 1 des Entwurfs des Gesellschaftsvertrages die Schaffung und Förderung einer klimafreundlichen (CO₂-neutralen) Energieversorgung und Mobilität auf den Inseln Föhr und Amrum durch eine Koordinierung und Unterstützung von energiewirtschaftlichen Betätigungen Dritter (Wirtschaftsförderung) sowie durch eigene Betätigung der Gesellschaft (energiewirtschaftliche Betätigung), gegebenenfalls in Kooperation mit privaten Unternehmen.

Gegenstand der Gesellschaft ist vorrangig der Betrieb von Strom- und Gasnetzen, die Erzeugung, Verteilung und der Vertrieb von Fern- bzw. Nahwärme sowie die Erzeugung und der Vertrieb von Strom (§ 2 Abs. 2 des Entwurfs des Gesellschaftsvertrages). Zudem ist die Funktion als Holdinggesellschaft und die Ausübung von verwandten Geschäften und Hilfsgeschäften Gegenstand der Gesellschaft. Insbesondere in Tätigkeitsbereichen, in denen die Gesellschaft eine Kooperation mit privaten Dritten anstrebt, soll die Gesellschaft Tochtergesellschaften gründen bzw. sich an bestehenden Gesellschaften beteiligen können (§ 2 Abs. 3 des Entwurfs des Gesellschaftsvertrages).

Die Unternehmensgegenstände der „Inselwerk Föhr-Amrum GmbH“ entsprechen damit in weiten Teilen einem typischen kommunalen Stadtwerk. Auf Grundlage dezentraler und lokaler Energieerzeugung, der Errichtung und des Betriebs inselübergreifender Infrastrukturen sowie der Erschließung und Nutzung neuer Energiequellen soll die „Inselwerk Föhr-Amrum GmbH“ eine umfassende und klimafreundliche Energieversorgung für die Inseln Föhr und Amrum leisten.

Die nach § 108 Abs. 1 Satz 1 GO erforderliche Anzeige der Gründung der „Inselwerk Föhr-Amrum GmbH“ bei der Kommunalaufsicht erfolgte mit Schreiben vom 11.02.2020. Die Kommunalaufsicht teilte am 22.05.2020 mit, dass der Gründung nicht widersprochen werde.

Am 11.08.2020 und 12.08.2020 fanden auf Amrum und Föhr zwei Informationsveranstaltungen zur Gründung der „Inselwerk Föhr-Amrum GmbH“ für die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter der amtsangehörigen Gemeinden statt. Die Informationsveranstaltungen dienten der Vorbereitung der Beschlussfassung der amtsangehörigen Gemeinden über die Beteiligung an der Gründung der „Inselwerk Föhr-Amrum GmbH“.

Die Entscheidungen der Gemeinden der Inseln Föhr und Amrum sowie des Amtsausschusses des Amtes Föhr-Amrum über die Beteiligung an der Gründung des Unternehmens sind der Kommunalaufsicht gemäß § 108 Abs. 1 Satz 3 GO nach der Beschlussfassung anzuzeigen.

Nach Wirksamwerden der Entscheidungen gemäß § 108 Abs. 1 Satz 4 und 5 GO werden das Amt Föhr-Amrum und die Mitgliedsgemeinden den Gesellschaftsvertrag unterzeichnen und notariell beurkunden lassen sowie die Gesellschaft zur Eintragung in das Handelsregister anmelden (§§ 2, 7, 8 GmbHG).

Im Einzelnen wird auf den Entwurf des Gesellschaftsvertrages (Anlage 1), die Darstellungen im Abwägungsbericht (Anlage 2) sowie das Anzeigeschreiben an die Kommunalaufsicht vom 11.02.2020 (Anlage 3) verwiesen.

Abstimmungsergebnis:	Ja Stimmen:	7
	Nein Stimmen:	0
	Enthaltungen:	1

Beschluss:

1. Die Gemeinde Oldsum beschließt die Beteiligung an der Gründung der „Inselwerk Föhr-Amrum GmbH“ und den Abschluss des als Anlage 1 beigefügten Entwurfs des Gesellschaftsvertrages. Die Gemeinde Oldsum übernimmt die im Entwurf des Gesellschaftsvertrages genannten Geschäftsanteile in Höhe von 2,09 Prozent (= 522,00 Euro).
2. Die Gemeinde Oldsum bestellt eine Vertreterin oder einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung der „Inselwerk Föhr-Amrum GmbH“ für die ersten drei Geschäftsjahre (bis 31.12.2022). Die Vertreterin oder der Vertreter ist in der Sitzung zu benennen. Hier: Der Bürgermeister Riewerts.

- 10. Bebauungsplan Nr. 9 der Gemeinde Oldsum für das Gebiet östlich des Rakmersstigh**
Hier: a) Behandlung der im Rahmen der Behördenbeteiligung und der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen
b) Satzungsbeschluss
Vorlage: Old/000103/5

Sachdarstellung mit Begründung:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Oldsum hat am 08.03.2017 den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 9 für das Gebiet östlich Rakmersstigh gefasst. Im Parallelverfahren wurde die 4. Änderung des Flächennutzungsplanes an gleicher Stelle durchgeführt.

Ziel der Planung ist die Erstellung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Schaffung von Bauplätzen zur Deckung des Wohnraumbedarfs der einheimischen Bevölkerung (örtlicher Wohnraumbedarf), bei langfristiger Sicherung der Dauerwohnnutzung und Verhinderung einer dem Gemeinwohl abträglichen Bodenspekulation. Zu diesem Zweck soll die Ausweisung des Gebietes als Sondergebiet - Dauerwohnen und Tourismus erfolgen.

Förmliche Beteiligung und öffentliche Auslegung

Im Anschluss an den Aufstellungsbeschluss wurden eine frühzeitige Bürgerbeteiligung und Beteiligung Träger öffentlicher Belange durchgeführt. Nach Überarbeitung und Konkretisierung der Planunterlagen hat die Gemeindevertretung am 08.11.2017 den Entwurf des Bebauungsplans und die Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt. Die öffentliche Auslegung hat vom 11.06.2018 bis zum 12.07.2018 stattgefunden, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden zeitgleich zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Erste erneute förmliche Beteiligung und öffentliche Auslegung

In der Sitzung am 18.12.2019 ist im Zuge der Beratung des Satzungsbeschlusses aufgefallen, dass der Bebauungsplanentwurf keine Verpflichtung zum Bau eines Giebels enthält. Da die Gebäude auf der gegenüberliegenden Straßenseite des Rakmersstigh alle mit einem Giebel zum öffentlichen Straßenraum ausgerichtet sind, hat sich die Ge-

meindevertretung darauf verständigt die Giebelpflicht aus gestalterischen Gesichtspunkten in den Bebauungsplan mit aufzunehmen. Die Ergänzungen wurden durch das beauftragte Planungsbüro in den Bebauungsplanentwurf aufgenommen und eine erneute öffentliche Auslegung mit Beteiligung des Kreises Nordfriesland durchgeführt.

Die Bauaufsicht des Kreises NF hat dabei einen Widerspruch in den Festsetzungen des Bebauungsplanentwurfes gesehen. Gemäß Festsetzung 5.2.2. wären bei einem Walmdachgebäude mit einem Traufgiebel in jeder Walmfläche insgesamt vier Giebel je Gebäude zulässig. Nur der zur Straße gewandte Giebel wäre dabei konkret als Backengiebel auszuführen. Gemäß der Festsetzung 5.3.6 war hingegen grundsätzlich nur einen Traufgiebel je Gebäude zulässig.

Zweite erneute förmliche Beteiligung und öffentliche Auslegung

Nach erneuter Beratung hat sich die Gemeindevertretung darauf verständigt, aus gestalterischen Gesichtspunkten die Festsetzungen aufgrund des vom Kreis NF hingewiesenen Widerspruchs dahingehend zu korrigieren, dass pro Gebäude nur der verpflichtende Backengiebel zum öffentlichen Straßenraum zugelassen wird und die Walmdächer aus dem Zulässigkeitskatalog zu entfernen.

Die Ergänzungen wurden durch das beauftragte Planungsbüro in den Bebauungsplanentwurf aufgenommen. Aufgrund der vorgenommenen Änderung wurde eine erneute öffentliche Auslegung mit Beteiligung des Kreises Nordfriesland durchgeführt. Der erneute Entwurfs- und Auslegungsbeschluss wurde in der Sitzung am 10.06.2020 gefasst. Der Entwurf des B-Plans und die Begründung mit Umweltbericht haben erneut vom 01.07.2020 bis zum 15.07.2020 öffentlich ausgelegt.

Die Stellungnahmen der 1., 2. und 3. Beteiligung sind in der Abwägungstabelle zusammengefasst. Zu jeder Stellungnahme sind Abwägungsvorschläge in der Abwägungstabelle enthalten.

Beschluss:

Zu a) Behandlung der im Rahmen der Behördenbeteiligung und der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen

1. Die während der jeweiligen öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplans abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Gemeindevertretung wie in der Abwägungstabelle (Anlage 1) geprüft und berücksichtigt.
2. Der Amtsdirektor wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

Zu b) Satzungsbeschluss

3. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches sowie nach § 84 der Landesbauordnung beschließt die Gemeindevertretung den Bebauungsplan Nr. 9 für

das Gebiet östlich des Rakmersstigh bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung.

4. Die Begründung wird gebilligt.
5. Der Beschluss des B-Planes durch die Gemeindevertretung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann. Zusätzlich ist in der Bekanntmachung anzugeben, dass der rechtskräftige Bebauungsplan und die zusammenfassende Erklärung ins Internet unter der Adresse „www.amtfa.de“ eingestellt ist und über den Digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich ist.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Gemeindevertreterinnen / Gemeindevertreter: 9

Davon anwesend: 8

Ja-Stimmen:8

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen:0

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO waren keine / folgende Gemeindevertreterinnen / Gemeindevertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen; sie waren weder bei der Beratung noch bei der Abstimmung anwesend:

Hark Riewerts

Antje Arfsten